

Johannes Schrapf.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 20/20

30. November 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

die Bedrohung durch das Corona-Virus ist nach wie vor groß und fordert ein entschlossenes und besonnenes Vorgehen. Um die Gesundheit aller, aber insbesondere der Schwächeren zu schützen, wird derzeit allen viel abverlangt: den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie der Wirtschaft. In dieser schwierigen Lage lassen wir niemanden allein. Deshalb wird der Haushalt 2021 zusätzliche milliardenschwere Hilfen für Betroffene vorsehen. Steuer-schätzung, Prognosen sowie Expertinnen und Experten geben uns dabei mit Blick auf die bisherigen Maßnahmen Recht: mit den Unterstützungs- und Konjunkturmaßnahmen konnten wir zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beitragen als zuletzt erwartet wurde.



Wie andere Branchen steht auch die Automobil- und Zulieferindustrie nicht nur wegen der Corona-Pandemie unter Druck. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist wichtig, der Branche trotz Pandemie den Weg in die Zukunft zu ebnen. Die SPD-Fraktion hat deshalb in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen sehr konstruktiv an Konzepten gearbeitet, die das Ergebnis des jüngsten Autogipfels maßgeblich mitbestimmt haben. Über acht Milliarden Euro liegen mittlerweile im Konjunktur- und Zukunftsprogramm für die Branche bereit – Geld, das zukunftsfest angelegt wird: Wir investieren in Weiterbildung und Qualifizierung, in die Anschaffung klimafreundlicher LKWs, in die weitere Förderung von Elektroautos bis 2025 und in die dafür nötige flächendeckende Ausstattung mit Ladesäulen. Mit einer Milliarde für den „Zukunftsfonds Automobilindustrie“ kann der Wandel proaktiv, in regionalen Zusammenschlüssen und strategisch begleitet werden. Jetzt kommt es darauf an, dass Wirtschaftsminister Altmaier endlich seine Hausaufgaben macht und zügig die notwendigen Förderprogramme auf den Weg bringt. Wir als SPD-Bundestagsfraktion bleiben am Ball und auch weiterhin im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Betriebsräten, um den Strukturwandel in dieser wichtigen Branchen voranzubringen.

Außerdem hat der Kabinettsausschuss Rechtsextremismus in dieser Woche getagt. Wir kämpfen weiterhin für ein Demokratiefördergesetz, denn wir brauchen auf allen Ebenen eine verlässliche und planbare Demokratieförderung insbesondere für zivilgesellschaftliche Organisationen. Sich Rechtsextremismus und Rassismus entgegenzustellen, ist eine dauerhafte Aufgabe, für die eine dauerhafte institutionelle Förderung benötigt wird. Strukturelle Veränderungen erreichen wir nicht allein durch Appelle. Lest dazu auch meine Pressemitteilung auf der letzte Seite. Bleibt gesund und viel Spaß beim Lesen!

Mit herzlichen Grüßen

Johannes Schrapf

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen
 - Interview Bahaa Amayri vom Campe-Gymnasium in Holzminden
- Seite 3** — Kraftwerksgespräch mit Preußen Elektra zum AKW Grohnde
 - Digitales Gespräch mit dem Vorstand von Phoenix Contact
- Seite 4** — Alltag im Bundestag mit Corona: Ganz viele digitale Besprechungen
- Seite 5** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 6** — Pressemitteilung zu Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus

Ihr findet mich auch bei:



INTERNATIONALER TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Gewalt gegen Frauen wird oft bagatellisiert oder ignoriert. Die Folge: Betroffene sprechen aus Scham und Angst nicht über das Erlebte. Das wollen wir ändern. Darum heißt es heute am 25. November 2020 wieder #schweigenbrechen. Mit der Mitmachaktion "Wir brechen das Schweigen" ermutigt das Hilfefon Gewalt gegen Frauen alle Bürgerinnen und Bürger, ein Zeichen zu setzen. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen bringt das Hilfefon das Thema dahin, wo es hingehört: auf die öffentliche Tagesordnung. Wir dürfen die Augen davor nicht verschließen. Gewalt droht Frauen oft gerade dort, wo sie sich besonders geborgen fühlen



sollten: zu Hause. Viele betroffene Frauen schämen sich und es fällt ihnen schwer, über das Erlebte zu reden. Doch reden kann helfen. Es gibt viele Einrichtungen, die Frauen unterstützen,

sich dauerhaft aus einer Gewaltsituation zu befreien. Eine davon ist das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“, das jeden Tag rund um die Uhr erreichbar ist: Telefonnummer: 08000 - 116 016

INTERVIEW FÜR DIE HAUSARBEIT VON BAHAA AMAYRI

Franziska Brill und Bahaa Amayri besuchen beide das Campes-Gymnasium Holzminden. Im Frühjahr wollten die Schülerin und der Schüler ein Praktikum in meinen Abgeordnetenbüros in Hameln, Holzminden und im Bundestagsbüro in Berlin absolvieren. Leider hat Corona diese Einblicke für dieses Jahr verhindert. Ich hoffe, dass sie das Praktikum bei mir zu einem späteren Zeitpunkt nachholen können, um ihr Interesse an Politik nach Corona dann doch noch mit praktischen Einblicken zu unterfüttern.

Bahaa hat sich nun im Rahmen der Facharbeit in seinem Semi-

narfach „Politik und Medien“ mit dem Verhalten von Politikern in der Öffentlichkeit beschäftigt und ist der Frage nachgegangen, mit welchen Schwierigkeiten sie auch manchmal in der Öffentlichkeit konfrontiert sind, weil sie auf der Straße regelmäßig erkannt werden. Dazu hat er mit mir ein Interview geführt und mich kurz vor den Corona-bedingten Beschränkungen im November ein Tag lang zu Terminen begleitet. Unter anderem zur Brauerei Allersheim. Nun hat er mir seine Arbeit zum Lesen geschickt und es war spannend, wie er mein Verhalten als Abgeordneter in der Öffentlichkeit

einschätzt. Ich drücke ihm beide Daumen für eine tolle Bewertung seiner Arbeit!



KRAFTWERKSGESPRÄCH MIT PREUSSEN ELEKTRA



nicht auf dem Gelände des AKW in Grohnde sondern Jahr digital statt. So konnte auch ich während der Sitzungswoche vom Schreibtisch in Berlin aus daran teilnehmen.

Kraftwerksleiter Michael Bongartz gab eine Einführung über den Standort Grohnde, die Geschäftsführung der Preußen Elektra gab einen Gesamtüberblick über den zeitlichen Rahmen des Atomausstiegs und informierte dabei über die Fortschritte an allen deutschen AKW-Standorten. So wurde nicht nur über die Maßnahmen mit Blick auf den Rückbau des AKW Grohnde nach der Abschaltung zum Jahresende 2021 berichtet, auch der

Stand des Rückbaus auf dem Gelände des bereits abgeschalteten AKW in Würgassen war Thema. Ich halte den Austausch zwischen Politik und AKW-Betreibern mit Blick auf die Umsetzung des Atomausstiegs für außerordentlich wichtig.

Regelmäßig lädt Preußen Elektra als Betreiber von Kernkraftwerken zu einem Kraftwerksgespräch ein, in dem das Unternehmen politischen Vertretern der Region über aktuelle Standortthemen berichtet und einen Ausblick auf das nächste Jahr gibt. Aufgrund der Pandemie fand das Gespräch in diesem Jahr



GEMEINSAMES GESPRÄCH MIT BERND WESTPHAL UND PHOENIX CONTACT



Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion zum Austausch eingeladen hatte, habe ich mich mit Vertretern von Phoenix Contact digital über die Auswirkungen der Pandemie ausgetauscht. Einige Tage vor der wichtigen Jahrespressekonferenz des heimischen Global Players haben wir u.a dar-

der Vorstellung durch Geschäftsführer Ulrich Leidecker, Andre Köller vom Werksstandort Blomberg, sowie dem Leiter des Facility Managements, Frank Schröder, wurde Bernd und mir schnell klar, dass dieses Unternehmen sich in der Pandemie sehr gut aufgestellt hat. Trotz des gelungenen Online-Gesprächs freue ich mich, das Unternehmen nach der Pandemie auch vor Ort zu besuchen.

Schon lange vor der Pandemie hatte ich den Austausch mit einem der größten Arbeitgeber in meinem Wahlkreis im Weserbergland, der Firma Phoenix Contact, gesucht. Das international agierende Unternehmen mit Hauptsitz im Nordrhein-Westfälischen Blomberg stellt allein in Bad Pyrmont mehr als 2000 Arbeitsplätze. Gemeinsam mit meinem Kollegen Bernd Westphal, den ich als wirtschaftspolitischen

über gesprochen, wie das Unternehmen Hygienekonzepte zum Schutz der Mitarbeitenden erarbeitet und wie gleichzeitig eine möglichst reibungslose Produktion sichergestellt werden kann? Welche Voraussetzungen und Hilfen werden dafür vom Bund benötigt und wo kommt die Unterstützung konkret an? Bei



DIGITALER ALLTAG - AUCH MEINE ARBEIT IM BUNDESTAG

Die Corona-Pandemie beeinflusst das private und berufliche Leben von uns allen. Ich bin da keine Ausnahme. Mein Arbeitsalltag hat sich in den letzten Monaten massiv verändert. Die meisten Veranstaltungen und Treffen finden nun digital statt, so dass ich viel mehr Zeit als sonst an meinem Schreibtisch verbringe. Die letzte Sitzungswoche war da keine Ausnahme. Um die Anzahl persönlicher Kontakte auch im Bundestag möglichst zu beschränken, verfolge ich viele Plenardebatten am Fernseher im Büro. Nur wenn ich Plenardienst habe oder Themen diskutiert werden, für die ich ganz konkret zuständig bin, bin ich im Plenarsaal. Neben den Sitzungen der Ausschüsse und den Gesprächen in Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen finden zahlreiche Veranstaltungen zu europa- und finanzpolitischen Themen nun im digitalen Format statt. Am Montag begann die Plenarwoche mit der Öffentlichen Anhörung des Europaausschusses zu einem Thema, das als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion besonders intensiv bearbeitet wird. Es ging um die Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Aufgrund wachsender internationaler Herausforderungen wird in der EU die Frage diskutiert, wie man europäische Entscheidungsprozesse effektiver gestalten kann. Jede Fraktion lädt zu diesen Anhörungen eigen-

ne Experten ein, die ihre Meinung mit den Abgeordneten diskutieren. Ein weiteres europapolitisches Thema, das letzte Woche auf der Tagesordnung stand, waren die Präsidentschaftswahlen in der Moldau. Im Rahmen einer digitalen Veranstaltung des Deutsch-Moldauischen Forums haben sich die Teilnehmer über die Wahlergebnisse und deren Bedeutung für Moldau und die EU ausgetauscht. Auch der Austausch zwischen Parlamentariern findet online statt: Am Dienstag zwischen deutschen und polnischen Abgeordneten im Rahmen des deutsch-polnischen Sicherheitstadiums, organisiert vom Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau. 15 Personen nahmen teil, darunter die eine Hälfte aus Polen, die andere aus Deutschland. Als Bundestagsabgeordnete der SPD haben uns mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen der Lewica-Partei ausgetauscht. Die Veranstaltung wurde vom ehem. polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski eröffnet. Auf der Tagesordnung standen die europäische Politik gegenüber Russland und Belarus sowie die europäische Politik gegenüber China. Um Belarus ging es auch am Donnerstag beim digitalen Minsk Dialoge Forum. Vor zwei Jahren hatte ich noch vor Ort in Minsk teilgenommen. Dieses Jahr habe ich am Panel zu den



Belarus-EU-Beziehungen zumindest online teilgenommen. Am Donnerstag fand zudem eine Sitzung der Parlamentariergruppe Malta-Zypern statt. Dabei haben wir uns erstmals mit dem neuen maltesischen Botschafter in Deutschland Giovanni Xuereb ausgetauscht. Im Finanzausschuss verhandele ich aktuell mit dem Koalitionspartner die so genannte FinStaDEV - die Finanzstabilitätsdatenerhebungsverordnung. Auch ein Berichterstatter-Gespräch zur Verordnung mit diesem sperrigen Namen fand online statt. Dabei geht es um Daten zu Kreditvergabe von Banken, die für die Bankenaufsicht zur Einschätzung der Finanzstabilität von Bedeutung sind. Mit den Kollegen der Union und dem Finanzministerium haben wir die Details dieses komplexen Themas ausführlich diskutiert.

THEMENAUSSBLICK BERLIN

Mehr Bewusstsein für den Klimawandel

Der Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und betrifft den Lebensbereich aller Menschen – in Deutschland und weltweit. Das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 und die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sind Meilensteine internationaler Klimapolitik und eröffnen einen Weg hin zu mehr Klimaneutralität und Nachhaltigkeit auf der Erde. Auch die Bundesregierung hat sich diesem Ziel verschrieben: Im Plenum beraten wir in dieser Woche den Zweiten Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS). Mit dieser Strategie schafft die Bundesregierung einen Rahmen, um Gesellschaft und Wirtschaft sektorenübergreifend auf Klimafolgen aufmerksam zu machen, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und Verbesserungspotentiale in den betroffenen Bereichen aufzuzeigen.

Ausbildung in der technischen Medizin attraktiver machen

Die Corona-Pandemie unterstreicht einmal mehr, wie wichtig eine gute Versorgung von Intensivpatientinnen und Patienten ist. Frauen und Männern in der technischen Medizin kommt dabei eine Schlüsselrolle zu: Täglich sind wir auf ihre Expertise und Erfahrung angewiesen, um Menschenleben zu retten. Damit

das so bleibt, bedarf es einer zeitgemäßen, qualifizierenden Ausbildung auf dem aktuellen technischen Stand. Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, sorgen wir für eine zukunftsorientierte und attraktive Ausbildung, die einen fairen Ausbildungsvertrag und eine angemessene Vergütung umfasst. Zudem schaffen wir das Schulgeld ab und sorgen für Rechtssicherheit bei der Arbeit von Notfallsanitäterinnen- und Sanitär. Damit wollen wir junge Menschen überzeugen, sich für einen der wichtigsten Berufe in der Gesundheitsversorgung zu entscheiden.

Für eine robuste Gesundheitsversorgung und Pflege

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege geschaffen werden – vollständig finanziert von der Pflegeversicherung. Das wird das Pflegepersonal in den Heimen entlasten und dabei Pflegebedürftige und Angehörige keineswegs belasten. Zudem verbessern wir die Versorgung von Schwangeren. Von 2021 bis 2023 erhalten Krankenhäuser rund 200 Millionen Euro zusätzlich für mehr Stellen in der Geburtshilfe. Damit die Gesetzliche Krankversicherung (GKV) auch in Zukunft finanziell solide aufgestellt ist

und Beiträge weitestgehend stabil gehalten werden, erhält die GKV einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr 2021. Hiermit werden auch die öffentlichen Lasten der Krankenversicherung in der Corona-Pandemie, wie bspw. für Testungen, vollständig ausgeglichen. Zur weiteren Stabilisierung werden zusätzlich acht Milliarden Euro aus den Finanzreserven der Krankenkassen in den Gesundheitsfonds überführt.

Einheitliches Patentgericht

In letzter Woche stimmten wir über den Gesetzentwurf der Bundesregierung über ein Einheitliches Patentgericht ab. Damit ratifiziert Deutschland als letzter Mitgliedstaat das Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht. Das Einheitliche Patentgericht soll als Gerichtshof für Streitigkeiten über europäische Patente und das europäische Einheitspatent zuständig sein. Das vom Bundestag bereits am 10. März 2017 zum Übereinkommen beschlossene Vertragsgesetz war vom Bundesverfassungsgericht am 20. März 2020 für nichtig erklärt worden, weil es nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde. Vorgeschlagen wird in dem Entwurf, diesen Formmangel dadurch zu beheben, dass das Vertragsgesetz von Bundestag und Bundesrat mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen wird.

PRESSEMITTEILUNG ZU MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS

Der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hat in Berlin seine dritte Sitzung abgehalten und in diesem Rahmen ein umfangreiches Paket von knapp 90 Maßnahmen beschlossen.

Der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps begrüßt diese Maßnahmen sehr. „Besonders erfreulich ist, dass es nun endlich eine wesentliche Weichenstellung für ein Demokratiefördergesetz gefasst worden ist. Das Gesetz soll eine Verbesserung der rechtlichen und haushalterischen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus dienen. Dazu werden das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeitnah Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung einer wehrhaften Demokratie erarbeiten und dann vorlegen“, erklärt Schraps, der stellvertretendes Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist. Die Aufgabe der bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Dies beinhaltet auch den Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus. Hintergrund: Mit der Einrichtung des Kabinettsausschusses im



März dieses Jahres hat die Bundesregierung ein klares Signal gesetzt und damit den Kampf gegen Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Anti-Schwarzen Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf die höchste Verantwortungsebene gehoben.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann